

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaft“
jeden Werktag nachmittags.

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Verkaufsstelle Leipzig Nr. 87573.

Nr. 216

Halle, Dienstag, den 14. September 1920

Abonnementpreise: Im Abh. 1. Vierteljahr 60 Pf., 2. Halbjahr 1.20 M., 3. Vierteljahr 1.80 M., 4. Vierteljahr 2.40 M., 5. Vierteljahr 3.00 M., 6. Vierteljahr 3.60 M., 7. Vierteljahr 4.20 M., 8. Vierteljahr 4.80 M., 9. Vierteljahr 5.40 M., 10. Vierteljahr 6.00 M., 11. Vierteljahr 6.60 M., 12. Vierteljahr 7.20 M., 13. Vierteljahr 7.80 M., 14. Vierteljahr 8.40 M., 15. Vierteljahr 9.00 M., 16. Vierteljahr 9.60 M., 17. Vierteljahr 10.20 M., 18. Vierteljahr 10.80 M., 19. Vierteljahr 11.40 M., 20. Vierteljahr 12.00 M., 21. Vierteljahr 12.60 M., 22. Vierteljahr 13.20 M., 23. Vierteljahr 13.80 M., 24. Vierteljahr 14.40 M., 25. Vierteljahr 15.00 M., 26. Vierteljahr 15.60 M., 27. Vierteljahr 16.20 M., 28. Vierteljahr 16.80 M., 29. Vierteljahr 17.40 M., 30. Vierteljahr 18.00 M., 31. Vierteljahr 18.60 M., 32. Vierteljahr 19.20 M., 33. Vierteljahr 19.80 M., 34. Vierteljahr 20.40 M., 35. Vierteljahr 21.00 M., 36. Vierteljahr 21.60 M., 37. Vierteljahr 22.20 M., 38. Vierteljahr 22.80 M., 39. Vierteljahr 23.40 M., 40. Vierteljahr 24.00 M., 41. Vierteljahr 24.60 M., 42. Vierteljahr 25.20 M., 43. Vierteljahr 25.80 M., 44. Vierteljahr 26.40 M., 45. Vierteljahr 27.00 M., 46. Vierteljahr 27.60 M., 47. Vierteljahr 28.20 M., 48. Vierteljahr 28.80 M., 49. Vierteljahr 29.40 M., 50. Vierteljahr 30.00 M., 51. Vierteljahr 30.60 M., 52. Vierteljahr 31.20 M., 53. Vierteljahr 31.80 M., 54. Vierteljahr 32.40 M., 55. Vierteljahr 33.00 M., 56. Vierteljahr 33.60 M., 57. Vierteljahr 34.20 M., 58. Vierteljahr 34.80 M., 59. Vierteljahr 35.40 M., 60. Vierteljahr 36.00 M., 61. Vierteljahr 36.60 M., 62. Vierteljahr 37.20 M., 63. Vierteljahr 37.80 M., 64. Vierteljahr 38.40 M., 65. Vierteljahr 39.00 M., 66. Vierteljahr 39.60 M., 67. Vierteljahr 40.20 M., 68. Vierteljahr 40.80 M., 69. Vierteljahr 41.40 M., 70. Vierteljahr 42.00 M., 71. Vierteljahr 42.60 M., 72. Vierteljahr 43.20 M., 73. Vierteljahr 43.80 M., 74. Vierteljahr 44.40 M., 75. Vierteljahr 45.00 M., 76. Vierteljahr 45.60 M., 77. Vierteljahr 46.20 M., 78. Vierteljahr 46.80 M., 79. Vierteljahr 47.40 M., 80. Vierteljahr 48.00 M., 81. Vierteljahr 48.60 M., 82. Vierteljahr 49.20 M., 83. Vierteljahr 49.80 M., 84. Vierteljahr 50.40 M., 85. Vierteljahr 51.00 M., 86. Vierteljahr 51.60 M., 87. Vierteljahr 52.20 M., 88. Vierteljahr 52.80 M., 89. Vierteljahr 53.40 M., 90. Vierteljahr 54.00 M., 91. Vierteljahr 54.60 M., 92. Vierteljahr 55.20 M., 93. Vierteljahr 55.80 M., 94. Vierteljahr 56.40 M., 95. Vierteljahr 57.00 M., 96. Vierteljahr 57.60 M., 97. Vierteljahr 58.20 M., 98. Vierteljahr 58.80 M., 99. Vierteljahr 59.40 M., 100. Vierteljahr 60.00 M.

4. Jahrgang

Die neueste Konferenz.

Die Staatsmänner der Alliierten in Aix-les-Bains. Die Augen der Welt richten sich wieder einmal auf die Zusammenkunft der alliierten Staatsmänner, auf der wieder beraten werden soll, wie aus dem besiegten Deutschland das höchste Maß von Vorteilen herausgehoben werden kann. In diesem Bestreben sind sie sich einig. Nur über die beste Methode dazu und wie jedes einzelne Land seinen Anteil im Vergleich zu den anderen vergrößern kann, darüber gehen die Ansichten auseinander. So verhandeln denn diese hohen Herrschaften an lieblich nur immer untereinander, um diese Differenzen auszugleichen. Was schließlich muß es sich in Spa herausgestellt haben, wenn D. u. A. daran teilnimmt, denn mündliche Verhandlungen sind nicht annehmbar. Guter Ratgeber, in denen sich die unterschiedlichen Gesichtspunkte der Alliierten zeigen, die dann natürlich die Stellung Deutschlands stärken. Das muß vermieden werden. Solange die Gefahr aber noch besteht, weiß man keinen anderen Ausweg, als die Konferenz, an der Deutschland teilnimmt, zu verschicken. So scheint es jetzt festzustehen, daß die Zusammenkunft in Ginein, in der die in Spa zurückgestellten Wiedergutmachungsfragen geregelt werden sollten, nicht stattfinden wird. Das ist das Resultat der Konferenz, die jetzt in Aix-les-Bains stattfindet.

23. B. Paris, 13. Sept. In einer gemeinsamen Erklärung Giolittis und Millerand über die Zusammenkunft in Aix-les-Bains wird die allgemeine Übereinstimmung der Interessen der beiden Länder in allen schwebenden Fragen festgestellt.

Paris, 12. Sept. Nach einer zweiten Unterredung in Aix-les-Bains erklärte Millerand über die Genfer Konferenz. 14. Sept. George habe auf die belgisch-französischen Verhältnisse noch gar nicht entnommen können, Ginter müsse nicht die geringsten Einwendungen. Ueber die Sonntagsfrage er bestimme ein Abkommen zwischen den Alliierten, das nach acht Monaten abgeschlossen werden solle. Handelsbeziehungen, keine politischen Beziehungen. Das Abkommen sei bisher loyal angewendet worden, er glaube aber, daß der einzige Artikel, den Frankreich ausführen könne, die Propaganda sei und an deren Einfluß nach Frankreich er nicht das geringste Interesse. Nach dem „Journal“ sagte Millerand, am endlich zum Frieden zu kommen, habe man Polen erklart, es solle sich mit Wahrung auswirken, um das halbjährige Subsidium des Friedens zu ermäßigen. In der Vorfrage bleibe es bei der englisch-französischen Politik.

Paris, 12. September. Der Sonderberichterstatter der „Agence France“ berichtet aus Aix-les-Bains, das bedeutendste Ereignis der Zusammenkunft ist die sichere Vertagung der Genfer Konferenz, wenn nicht deren vollständiges Scheitern. Der Bericht auf diese Konferenz wird sehr wahrscheinlich in Frankreich ohne Beachtung aufgenommen werden, wo man bekanntlich der Ansicht ist, daß das Verfahren der Reparationskommission der Methode direkter Verhandlungen mit Deutschland vorgezogen ist.

Ein deutsches Weißbuch über Eupen-Malmédy.

Ein deutsches Weißbuch über Eupen-Malmédy. Das hat das Gebiet bei Aachen hatte Belgien in Versailles einen wohl unberichtigten, aber desto habgieriger Anspruch erhoben. Dabei hat Eupen-Malmédy an Belgien gehört und 80 Prozent der Bevölkerung sind rein deutsch. Um aber den Anschluß dieses Kreises an Belgien zu sichern, wurde eine Form der Abtretung — die beim 6. ten Willen nicht ganz beiseite zu schieben war — für die Bevölkerung gefunden, die ein Recht auf eine freie Entscheidung war. Jeder Bewohner der gegen die Beschlüsse durch Belgien stimmen wollte, mußte seine Entscheidung schriftlich an einen bestimmten Stellen zu Protokoll geben. Die Volksbefragung war also vollständig negativ und allen Schätzern war bei diesem Verfahren Tor und Tür geöffnet. Ueber diese Verhältnisse hat die deutsche Regierung ein Weißbuch veröffentlicht, das gleichzeitig in London dem Generalsekretariat des Völkerbundes und in Paris dem belgischen Gesandten als dem Berichterstatter des Völkerbundes für Eupen-Malmédy übergeben worden ist. Es sind darum zahlreiche Urkunden zusammengestellt, die ein erdrückendes Beweismaterial dafür liefern, daß die Belgier durch systematische Schikanen die Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmédy zu sabotieren gesucht haben.

Aus der Fülle des Materials, das die 62 Seiten des Weißbuchs enthalten, und das in 73 Einzelschritten zusammengeliefert ist, greifen wir folgende Auszüge eines Einwohners von Eupen heraus, die lauten:

Eupen, den ... Februar 1920.
Am ... Februar 1920 trug ich mich in die Protokollliste ein. Der Bezirkskommissar ... sagte mir anfangs ... „Den Dreißigstempelpfennig bekommen Sie oder nicht.“ Als ich mich eingetragene hatte, bemerkte er: „Wissen Sie auch, daß Sie jetzt der erste sind, der beantragt?“ Und unser Weißbuch lassen Sie sich mitführen, trotzdem arbeiten Sie gegen uns. Das

wollen Sie überhaupt in Deutschland, das mit seiner roten Regierung an der Spitze nicht weiß, wie es seine Schulden bezahlen soll? — Zum Schluß hat ich nochmals um Auskunft über den Dreißigstempelpfennig. Ich erhielt zur Antwort: „Was wollen Sie überhaupt in Aachen? Wollen Sie hier, dann haben Sie keinen Stempel nötig. Sie können doch nicht verlangen, daß Sie dieselben Vorteile haben wie die Leute, die nicht protestieren. Ihnen Sie Ihren Protest zurück, dann bekommen Sie den Stempel sofort.“

Vorstehende Angaben kann ich bezeugen. (Unterschrift.)

Das Weißbuch ist von einer Note begleitet, in der die deutsche Regierung in Anknüpfung an ihre früheren Proteste nochmals die verschiedenen Punkte hervorhebt, die die betragswidrige Handhabung der Volksbefragung durch die belgischen Behörden kennzeichnen.

Die Note fährt sodann fort:

„Es ist nur allzu begreiflich, daß alle diese Maßnahmen bei der Bevölkerung einen Zustand der Aufregung und Verärgerung geschaffen haben, der eine wahre Willensäußerung nicht aufkommen ließ. Berücksichtigt man demgegenüber, daß die Kreise Eupen und Malmédy niemals zu Belgien oder zu einem Staatsgebiete gehört haben, das als Vorgänger des heutigen Belgiens angesehen werden könnte, daß der Kreis Eupen eine rein deutsche und der Kreis Malmédy eine zu 4/5 deutsche Bevölkerung hat, daß die Gebiete nach Sprache und Kultur deutsch sind, daß ihre wirtschaftlichen und sittlichen Interessen gebieterisch ihr Verbleiben bei Deutschland erfordern, und daß bis zum Ende des Jahres 1918 mehr in den Kreisen selbst noch auch in Belgien jemals Bestrebungen bemerkt worden sind, die auf einen Anschluß der Gebiete an Belgien hätten, so wird man mit Recht und Recht haben dürfen, daß die Volksbefragung den wahren Willen der Bevölkerung nicht zum Ausdruck gebracht hat.“

Gestützt auf diese Tatsachen, bittet die deutsche Regierung den Völkerbund, die unter belgischer Leitung erfolgte Volksbefragung für ungültig zu erklären und Maßnahmen zu treffen, durch die der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien, uneingeschränkten Willensäußerung gegeben wird. Nach Ansicht der deutschen Regierung kann dies auf Grund der vorliegenden Erfahrungen nur dadurch geschehen, daß der Völkerbund selbst die Volksbefragung in die Hand nimmt. Nur durch ein unmittelbares Eingreifen des Völkerbundes würde auch das der deutschen Regierung in der der Note der alliierten Mächte vom 16. Juni 1919 veröffentlichte Besondere Beschlüsse seine Verbindlichkeit finden, wesshalb die Volksbefragung in Eupen und Malmédy unter Leitung des Völkerbundes zu stattfinden soll.

Die deutsche Regierung hat nunmehr von dem ihr immer noch im reichsten Maße zutreffenden urkundlichen Material die beweiskräftigsten Stücke zu einer Sammlung vereinigt, die sie sich anbei dem Völkerbunde in Form eines Weißbuchs zu überreichen beehrt.

Die deutsche Regierung hofft zuversichtlich, daß die zwinrende Kraft der in dieser Sammlung mitgeteilten Tatsachen den Völkerbund bei seiner Entscheidung, bei der das Schicksal einer Bevölkerung von mehr als 80.000 Seelen auf dem Spiele steht, veranlassen wird, die vorerwähnten Maßnahmen zu treffen, die allein geteilt sind die begangene Verletzung des Friedensvertrages und den Bruch feierlicher Versprechen durch die belgischen Behörden wieder aufzumachen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch in Eupen und Malmédy zur Anerkennung zu verhelfen.“

Gespinnne Lage in England.

London, 13. Sept. Wie Reuters meldet, wird die Krise, die der englischen Industrie droht, immer enger. Neben dem dauernden Verrückterstreik und der Aussicht auf einen Solidaritätsstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter droht eine Krise in der Baumwollindustrie infolge von Lohn Differenzen. Es wird auch von einem Generalstreik gesprochen, der bereits Ende dieser Woche ausbrechen soll. Außerdem steht ein Streik der Elektrizitätsarbeiter von London bevor, die sich mit ihren Kameraden in Nordland, die gegenwärtig ausgesetzt sind, solidarisch erklären wollen. Weiter wird eine ähnliche Bewegung unter den Postangestellten gemeldet.

Rom Krieg im Osten.

Wien, 13. Sept. Reger meldet, in Fortsetzung ihrer Angriffe im Südwesten übergriffen die Polen den Bug und besetzten die Ortshäuser Eubow, Korobno und Barmer und erreichten den Ort Samow. Deshalb beschloß die polnische Regierung, den Bug zu besetzen.

Paris, 13. Sept. Die „Daily Mail“ meldet, geht die polnische Friedensdelegation am Dienstag an Bord zweier englischer Torpedoboots nach Nordsee. Die Besatzung wird sie begleiten.

Drageß und Breußen.

Tag für Tag verhärtet sich in der rechtsstehenden Presse der Kampf um rauchste Neuwahlen in Preußen. Entrüstet weist die deutschnationale Korrespondenz die Zustimmung zurück, die preußischen Wahlen könnten noch bis zum Januar 1921 aufgeschoben werden, spätestens im November, wenn nicht gleich jetzt, seien sie vorzunehmen. Der Ufer der Rechte findet seine Erklärung in den Enthüllungen über die Drageß-Pläne, die der „Vorwärts“ am letzten Sonnabend veröffentlichte konnte Ein vom ostpreussischen Drageßleiter dieser Geheimorganisation, dem Hauptmann von Breußen, unterzeichnetes Schriftstück beschäftigt sich ausführlich mit den Verhältnissen in Bayern und in Preußen und kommt zu dem Ergebnis, daß die preußischen Verhältnisse nach bayerischen Mustern umgestaltet werden müssen, wenn die militärisch-reaktionäre Geheimorganisation in Preußen Boden finden soll.

Es wird in dem Schriftstück festgestellt, daß in Preußen das Gegenteil einer bürgerlichen Regierung besteht, wozu eine vielsagende Anmerkung erklärt: „wenigstens bisher, wie es künftig wird, bleibt abzuwarten.“ Es wird dann weiter von den Maßnahmen gesprochen, die die preussische Regierung ergreifen könnte, wenn sie die Gefahr rechtzeitig erkenne. Die Drageß ist also selber davon durchdrungen, daß sie vom Standpunkt der gegenwärtigen preussischen Regierung aus eine Gefahr bedeutet, und darum ist der Versuch gemacht worden, sie durch „Schnellgeheiß des Aufstiehs“ gar nicht zum Bewußtsein dieser Gefahr kommen zu lassen.

Dieser Plan ist bekanntlich nicht ganz gelüftet. Die geheime Denkschrift des Verbandsvorsitzmanns von Preußen stammt vom 29. Juli dieses Jahres, aus einer Zeit also, in der die breitere Öffentlichkeit von dem Bestehen einer Drageß noch gar nichts wußte. Seitdem ist von der sozialdemokratischen Presse in das dunkle Treiben hineingeleuchtet worden, und die preussische Regierung hat notgedrungen den Kampf gegen die Verschwörung aufgenommen.

Es wird nicht behauptet werden können, daß die preussische Regierung mit diesem Kampf Partei zweideutig verhält. Denn erstens ist die preussische Regierung eine konstitutionelle Regierung, und es muß offen an dem werden, daß viele nichtsozialdemokratische Beamte in der Besetzung der Geheimorganisation nicht weniger eifrig sind als sozialdemokratische, dann aber liegt es auf der Hand, daß in staatlichen Interesse die Entsetzung einer privaten, unkontrollierbaren, niemandem verantwortlichen Organisation, die nach ihrer Vollendung die stärkste physische Macht im Staat darstellen würde, nicht geduldet werden kann. Solange es einen Staat gibt, wird dieser bestrebt sein müssen, die physischen Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Hand zu behalten, wo das nicht mehr der Fall ist, da herrscht die bewaffnete Anarchie. Die Drageß will programmäßig eine vom Staat unabhängige militärische Organisation sein, die ermächtete Denkschrift räumt ausdrücklich die bayerischen Einwohnervorwahlen, daß sie unabhängig von der Regierung seien, das aber ungeachtet die bayerische Regierung von ihnen abhängig sei, und daß ein bayerischer Landtag unentbehrlich sei, der die von der G. S. geforderten Mittel nicht bewillige. In Bayern ist demnach das angestrebte Ziel bereits erreicht: eine von ehemaligen Offizieren geleitete private Vereinigung so viel physische Macht in sich vereinigt, daß Regierung und Parlament nichts mehr gegen sie auszurichten imstande sind. Dieses Ziel soll auch in Preußen erreicht werden, und da die sozialdemokratischen Regierungsmänner dem im Wege sind, so soll sie so rasch wie möglich befestigt werden.

Als Mittel zu ihrer Verwirklichung sind in erster Linie — wahrheitsgemäß nicht in letzter — Neuwahlen in Aussicht genommen. Obwohl die preussische Verfassung noch nicht vollendet ist, die verfassunggebende Versammlung also ihre Aufgabe noch nicht erledigt hat, bedingt die Rechtsprechung auf Neuwahlen mit dem Argument, die Reichstagswahlen hätten eine so starke Verdrängung der Wählerstimmen gesetzt, daß auch die preussische Landesparlamentierung nicht länger bestehen bleiben könne. Nun ist jedermann bekannt, daß die entscheidende Verdrängung im Reich nicht von rechts, sondern von links her eingetreten ist. Wenn heute keine Sozialdemokraten mehr in der Reichsregierung sitzen, so ist das das unzulässige „Verdienst“ nicht der Reichsparteien, sondern der Unabhängigen, die die Sozialdemokraten in der Reichsregierung unausgeleitet angegriffen, die sozialdemokratische Stimmenzahl geschwächt und dann ihren eigenen Eintritt in die Regierung abgelehnt haben. Die Reichsparteien spezifizieren nun auf eine gleichartige Entwürdigung der Dinge in Preußen. Sie hoffen, auch hier werde die Sozialdemokratie an die Unabhängigen so viel Stimmen verlieren, daß sie nicht mehr regierungsfähig sei und die Macht mehr denn ohne weiteres auf eine rein bürgerliche Regierung übergehen. Dann aber können alle die Männer restlos befestigt werden, die dem Aufstiegs der militärischen Geheimorganisation in Preußen

den Hindernisse in den Weg legen, die Dingsda hat freie Bahn und kann sich vielleicht bald, wie in Bayern, rühmen, auch in Preußen Regierung und Parlament in ihre Abhängigkeit gebracht zu haben.

Man sieht, daß in diesem Plan die Partei der Unabhängigen als Härtster Sohn und Rettung der Dingsda fungiert. Willst du nicht auch dieser Tatbestand dazu, den geistigen Gewinnprozess bei den Unabhängigen zu fördern. Sie leben, welche Rolle sie bisher gespielt haben, welchen Zwecken sie bisher unbewußt abgedient haben, und noch mehr in Zukunft dienbar gemacht werden sollen. In Preußen möge man die Verfassungsarbeiten beschleunigen und die Wahlen vornehmen, sobald sie wirklich möglich geworden sind, aber nicht früher. Hoffentlich wird dieser kurze Aufsatz genügen, um den Massen der Arbeiterwähler zu zeigen, in welchem Sinne das geschildert wird, und daß die Pläne der militärischen Gegenrevolution nicht durch Zerstückelung, sondern nur durch tatkräftiges Eintreten für die Sozialdemokratische Partei durchzuführen können.

Die Abreise Kamenews.

Abdruck der Londoner Verhandlungen zwischen England und Rußland.

Die schon gemeldete Abreise Kamenews aus London hat doch nicht ohne Beachtung gelassen, die gestern meldete, danach scheint England ein festes Entgegenkommen an Rußland, daß man früher konstatieren zu können glaube, aufzugeben zu haben und die Abreise Kamenews erfolgte unter Umständen, die dafür bezeichnend sind. Wolffs Telegraphen-Büro meldet darüber:

London, 18. Sept. Die Blätter bringen Einzelheiten über die dreitägige Unterredung Kamenews mit Lloyd George vor Kamenews Abreise nach Rußland. Daily News schreibt: Die Unterredung zeichnete sich durch das Fehlen jener Formalität aus, die die früheren Unterredungen zwischen dem ersten Minister und dem Sozialdemokratischen Abgeordneten Lloyd George bezeugte. Kamenews einer Reihe von Vertrauensbüchern und erklärte ihm, wenn er nicht selbst um seinen Fall gebeten hätte, so würde ihm dieser trotzdem ausgesprochen worden sein. Die politischen Verhandlungen würden nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die britische Regierung davon überzeugt sei, daß die Moskauer Regierung ihren Verlust, sich in die inneren Angelegenheiten Groß-Britanniens einmischen, aufzugeben habe. Lloyd George brachte gegen Kamenews vier Anklagen vor: 1. daß er auf Verfaulung der russischen Finanzen in England beteiligt sei, 2. daß er Verhandlungen geführt habe, betreffend die Unterwerfung des extremen sozialistischen Blattes, Daily Herald, mit 75000 Pfund Sterling, 3. daß er Beziehungen mit der britischen Arbeiterorganisation gehabt habe, die sich Council of Action nennt, und 4. daß Rußland absichtlich die britische Regierung im Entwurf für den Balkanstillstand mit Polen irreführt habe. Kamenews stellte alle diese Anklagen kategorisch in Abrede. Krassin wurde ausdrücklich von den Anklagen, die gegen seinen Kollegen gerichtet wurden, ausgenommen und es wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über die Handelsabeggungen nicht als abgebrochen betrachtet werden.

Cadın als Angeber?

Wie man als echter Moskauerbürger beschaffen sein muß, das lehrt folgendes Geschichtnis:

Das Organ der in Frankreich lebenden russischen Sozialrevolutionäre La République russe veröffentlicht den Brief eines in Moskau zurückgekehrten Genossen an den in Verbannung lebenden Altkamerad der russischen Sozialrevolutionäre Paul Axelrod. Darin lesen wir:

Froßard und Cadın haben den Moskauer Sozialrevolutionären ein von Eudomilus verfaßtes an Martow gerichtetes Schreiben mitgenommen, das sie gebeten worden waren, irgend jemandem unter den Sozialrevolutionären zu überreichen. Diese lebenswichtigen Franzosen haben nicht Versehen zu tun gehabt, als dieser Brief dem Volkskommisariat für auswärtige Angelegenheiten zu übergeben. Dort wurde der Brief geöffnet, abgeschrieben und dann erst gelangte er, und obenbrein noch nur durch Zufall, in die Hände Martows. Der Inhalt dieses Briefes war ziemlich belanglos: einige Informationen. Das Unglück war nicht groß. Aber was lagen Sie zu dieser Rolle der

Cadın und Froßard als Mitarbeiter des Moskauer Sozialdemokratischen?

Der in diesem Brief noch ein zweiter Fall erwähnt, hat dem Cadın die Geheimadresse Martows der außerordentlichen Kommission verraten haben soll. Doch läßt der Schrift über dieses Briefes die Frage offen, ob hier nicht einfach eine bodenlose Dummheit des bisherigen Oberleiters der „Sumanist“ vorliege. In der ersten Affäre ist es allerdings immer, nur an Dummheit zu glauben. Offenbar haben Cadın und Froßard selber als ihr Parteigenosse selbst begriffen, daß jeder Vorkauf, der sich nach Moskau bezieht, verpflichtet ist, die Besondere aller Art — auch die zweifelhafte — der Sozialregierung zu liefern. Vielleicht handelten sie auch aus Furcht vor der Ausweisung im Falle, daß ihre Verantwortlichkeit zu Ehren der Sozialdemokraten kommen würde. Dann hätten sie aber besser getan, den Auftrag Eudomilus überhaupt nicht anzunehmen.

Cadın soll wiederholt geäußert haben, daß er für die deutsche Sozialdemokratie nur Verachtung empfinde. Befähigten sich diese Angaben des russisch in Emigrantenblattes, so würde diese „Verachtung“ sich in eine Freie für uns verwandeln.

Was wird aus der U. S. P.

Der Kampf um den Anschlag an die Dritte Internationale in der U. S. P. hat unter Vorzeichen begonnen, die für den rechten Anschlag nicht gerade günstig sind. Es zeigt sich, daß die Zusammenkunft der Reichskonferenz, wo noch eine sehr beträchtliche Mehrheit für die Erhaltung der U. S. P. als selbständige Partei war, doch nicht die Stimmung der Mitgliedschaft widerspiegelte. Obgen. gegen verschwindende Minderheiten haben so wichtige Bezirke wie Halle und Hamburg den bedingungslosen Anschlag an Moskau beschloßen, und wo die Kräfteverteilung zweifelhaft war, wie in Berlin und Frankfurt, hat man nicht den Mut zu einer Entscheidung gefunden. Die Moskauer haben sich immer anstößigen Kreise der Provinz Sachsen und der Bezirk Niederhessen. Während der linke Flügel also schon eine Anzahl Siege aufzuweisen kann, mag der rechte Flügel nicht einmal diese zu erlangen, wo sie ihm noch blühen könnten.

Damit ist noch nicht ausgemacht, daß die Kommunisten auf dem Parteitag der Unabhängigen die glatte Mehrheit erhalten werden. Aber auch, wenn sie eine so starke Minderheit bilden, wie das nach den bisherigen Ergebnissen sicher ist, wird das genügen, um den Bestand der U. S. P. als Partei in kürzester Zeit in Frage zu stellen. Denn schon jetzt zeigt sich, daß die Einflüsse der sozialistischen und zünftig recht sind. Daran, daß sie sofort zu den Kommunisten überbetreten werden, wenn die Annahme der 21 Punkte abgelehnt wird, kann kaum ein Zweifel bestehen.

Wenn aber durch diesen Übertritt die U. S. P. an einer kleinen Gruppe eine immerhin anscheinliche Partei wird, so bedeutet, das den Tod sitzt für die noch verbleibende unabhängige Restpartei. Bei dem ganz auf das Agitatorische eingestellten Charakter der U. S. P. kann diese es nicht ertragen, wenn links von ihr noch eine starke Partei existiert, die ihre agitatorisch in Phrasen und Verheißungen noch überbetriert. Zwischen den klaren Prinzipien der Demokratie, vertreten durch die Sozialdemokratische Partei und der Fiktion, vertreten durch die Kommunisten, ist auf die Dauer ein Zusammenhalten der Gruppe kein Platz. Was von der U. S. P. nicht den Kommunisten anheimfällt, wird den Rückzug vor alten Partei nehmen müssen und finden, wie das sowohl bei einzelnen Führern wie ganzen Mitgliedschaften schon begonnen hat.

Wer auf dem Parteitag der Unabhängigen zunächst siegen wird, läßt sich noch nicht prognostizieren. Aber vorausgesetzt, daß ein Sieg des rechten Flügels ein Vorrussisch bleiben wird, der den völligen Zerfall der Partei nicht lange aufhält.

Einen Erfolg kann der rechte Flügel jetzt doch suchen. Im Feldzug fand am Sonntag die Randübernahme der Unabhängigen statt. Gehten und Räumung waren als Kämpfer für die beiden sich entgegenstehenden Ansichten erschienen. Aber auch die Einzelheiten selbst nahmen kein Blatt vor Mund. Trotz dem die „Leiziger Volkszeitung“ von Anfang an sich wohl am entschiedensten gegen die Annahme der Moskauer Bedingungen gewehrt hatte, brachte die Konferenz nur die kleine Mehrheit von 14 Stimmen für diesen Standpunkt auf. Mit 44 gegen 28 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Wände um ihn und das auf starkem Gehäl ruhende Defendegewölbe erbeben unter der Wucht der Detonationen. Es war, als ob der Feind vor Herabdrücken den ganzen Berg umdrehen wollte.

Die Dumba-Beute lagen in einem Verbindungskanal zwischen dem vorderen Graben und dem Hinterland. Bei dem fürchterlichen Sturm konnte der Hauptmann ihnen nicht, wie er gewünscht hätte, den Besatz aufpassen, auf allen Wegen bis in die Vergräbe zu ihm zurückzuführen, ein Begleiter. Das übrige angelegte der intensiven Feuerkonzentration, leicht von einer plattenden Granate durchkreuzt werden konnte.

Sich an die Erdwand lehndend und infinitiv eine Hand zum Schutze über das Gesicht brendend, wartete Cassignol das Ende des Granatenschusses ab. Es stürzte ihm vor den Augen, das Trommelgeschloß schmarzte. Unwillkürlich schloß er sich den Puls. Dann drängte es ihn wieder, einen Schritt vorzutreten und einen Blick auf die Dumba-Beute zu werfen. In seiner Verwunderung sah er Duta Simba aufgeschreckt im Graben liegen, so daß sein Gesichtsbild am Rande der Böhlsung sichtbar wurde. Der Hauptmann schien mit jemand zu sprechen.

Der Hauptmann redete sich auf die Beine und richtete den Blick über ein kleines Ausbuchtung des Hinterlandes auf das Gefängnis. Da sah er einen schwarzen Soldaten in leuchtender Rote. Der Mann sah auf dem Boden hinter einem kleinen Holzboogen und drehte lächelnd, seltsam, am Rand eines dieser hier ließen gebildeten und demütlich von der Gewalt eines Gefolges umgestützten Karren. Bei aller Teufel! War der Mensch verblüht? Wer mochte der Simba'se sein?

Da erkannte er ihn. Es war Widd, der Führer. Er wandte unter dem Mann schlugen die Geschosse in die Erde. Er machte Gräntige Gedächtnisse schäufeln auf Augenblicke seines Besah. Er aber brachte sein Gesicht über die Gefängniswände des Holzboogens und flüchtete wie ein Rind mit dem Wade.

Die Verletzung aus kapitalistischer Ausbeutung und Anschlag kann nur durch die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel erfolgen. Diesen Kampf für die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel kann nur die Arbeiterklasse bewirkt und einfließlich führen. Er bringt die Geschlossenheit des bewußt sozialistischen revolutionären Proletariats in Deutschland und in den kapitalistischen Ländern. Deshalb erklärt die Verammlung nachdrücklich für einen Zusammenschluß der internationalen Proletariats aller Länder einfließlich durch die Bildung der sozialistischen Partei. Die Arbeiterklasse bereit Sozialer-Bund ist tatkräftig zu unterstützen, die Landesverammlung vermag aber in den Aufnahmebedingungen gen nicht den Weg zu sehen, auf dem eine aktionsfähige sozialistische revolutionäre Internationale geschaffen werden kann, und empfiehlt dem Parteitag, die Aufnahmebedingungen abzulehnen.

Der verlorene Steuerstreik.

Man braucht kein Prophet zu sein, um die Niederlage der Arbeiterchaft beim mitterrbeigischen Steuerstreik vorauszuweisen. Wieder mußte das Proletariat erst durch einen Raufenschlag in die raube Wirklichkeit zurückgeführt werden. Ein großer Kraftaufwand, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, ist umsonst veran. Die Arbeiterchaft hat die besten Bedingungen der Streikenden und ihrer Familien verschlehtet werden die Produktion lag still, was indirekt wiederum die arbeitenden Klassen am härtesten trifft, die Unternehmer sühnen sich und proben ob ihrer Macht; den Steuerabgaben, den die Arbeiter verhindern wollten, mußten sie schriftlich anerkennen, bevor sie wieder in die Betriebe hineingelassen wurden.

Was sollte der Streik? Den Steuerabzug verhindern? Dann müßten die Staatsabgaben zu einer anderen, besser abgaben, gelassen sein abgeliefert werden. Bei der Höhe der Steuern und der Not der unteren Volkschichten wäre dies gleichbedeutend mit einer Steuervermehrung. Denn es wird niemand behaupten, daß selbst beim besten Willen von einem Familienvater in diesen Zeiten zehn Prozent des Verdienstes für Steuern zurückgelegt werden würden. Weil der Betrag so hoch ist, und der Gebehrer die Verhältnisse so genau kennt, deshalb das Abgabensystem, das graulich erscheint, dennoch aber die Härte mildert, die durch die Abgaben der Steuerpflichtigen angebrüht sind. Man wird hier mit dem Einwand kommen: und die Kapitalisten und Gewerbetreibenden? Und die Vermögensverflechter? Gewiß! An ihnen gemeinsam ist der Steuerabzug von modern. Doch ein Unrechtsgesetz, wenn wir über die Besitzenden genau zu treffen wollen, wie die Schwachen, so ist das nicht anders als ein politisches Frage! Das alte Problem: mehr Macht der Arbeit Klasse. Die schafft man jedoch nicht, wenn man die Beschlüsse und Armeen in ausfließliche Streiks treibt, wie es die radikalen Mantheiden in Stuttgart getan haben, nicht durch die Zerrückung und Selbstzerfleischung der minderbemittelten Klassen, politische Macht, Einfluß in den Parlamenten wird nur durch die Einheit der Arbeiterklasse geschaffen. Die verflochtenen Monate haben uns wahrlich für diese Unwissenheit zu lehrreiche Beispiele gegeben, daß wir es nicht verlangen können, näher darauf einzugehen. Steuerstreik, die politische Macht der Arbeiterchaft ist auch hier wie überall eine Tat zur Verminderung der Not und des Elends. Die Steuerfrage für sich allein, losgelöst von allen anderen Fragen mit Erfolg für die Arbeiterklasse regeln zu wollen, ist ein Unternehmnen, das stets scheitern wird.

Wenn aber selbst die größte politische Einheit und dadurch die höchst gesteigerte politische Macht für das Proletariat erreicht wäre, weniger Steuern gäbe es trotzdem nicht für die Lohnempfänger in den Fabriken, staatlichen Werkstätten und Bureauen. Der verlorene Krieg und der Frieden von Versailles, den die U. S. P. nicht schnell genug untergeschrieben haben konnte, müßten die Arbeiterchaft aufgeben, die entgegen der Moskauer müssen, sie werden sich geradezu unsere Steuern vor, eine Steuererhöhung den Zusammenbruch Deutschlands bedeuten würde. Ein Rantrott, der uns völlig in die Hände der Ententealliierten ausliefern, und für die Kriegesbedingungen, Pensionäre, Witwen, Kranke und alle, die von den sozialen Einrichtungen abhängig sind, geradezu den langsamen Hungertod bedeuten würde. Staatsbankrott wäre zugleich das Ende des deutschen Wirtschaftslebens, wäre der Ruin nicht allein

Umformt bemühte sich Duta, den Verwegenen durch Witz und Sarkasie aus seiner gefährlichen Lage fortzubringen. Er konnte, indem er in schneller Bewegung den Kopf über den Grabenrand hinausstreckte und wieder duckte, den Führer nur auf Augenblicke sehen. Jetzt schien jener auch ihn zu bemerken; es war, als ob das Wägelchen, mit dem er sein Gesicht bedeckte, bis zu ihm, Duta Simba, hinabstürzte. In diesem Moment harrt irgendwo in der Nähe mit furchtbarer Gewalt ein Geschöß. Duta rutschte in die Rille, schrie aber wieder auf und schaute nun ein Bild, das ihm den Atem in der Kehle loden ließ.

Während Körper lag quer über dem Holzboogen wie ein geschlagenes Stroh. Sein Kopf aber hatte sich in die Höhe gehoben am Abhang in den Boden gestemmt. Das vorgelegene Aua ruhte auf einer Baumwurzel; die dort blauen Augen schienen verwundert die abgegrätzte Körpermasse zu betrachten. Duta fand noch, seiner Bewegung fähig — da schrie er brühte es wieder durch die Luft heraus. Wäghältig schaute er etwas auf sich hernieder, das Augenlicht schloß ihm, als wäre er tief, tief in die Erde, wie von einer riesigen Hand abgedrückt.

Er lagte sich wohl zu wehren, fand jedoch keinen Halt. In seinem Arm aber rollte etwas dahin, Worte, ein mühsamer Streit. Das war es doch? Das Bewußtsein flüchtete sich in den Boden, schloß sich in den Boden gestemmt, das in der Höhe hängen blieb. Das Rief der Vater einen wilden Schrei aus und wies, den Gefährten vortretend, der lang wurde wie ein Gebirgsbau, nach den deutschen Armeen hinüber.

„Ducant, domine, barbari!“ rief er in höchstem Zorn. „Dank wurde es ihm um Duta, Bill, unerschütterlich zu danken.“

(Fortsetzung folgt.)

Duta Simba's Mission in Europa.

Eine Regeregeschichte von S. T. Huron.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die Erneuerung stieg aufs Höchste. Die feindliche Artillerie streute plötzlich ihr Feuer mit verdoppelter Heftigkeit über diesen Teil der Front aus. Ein heulendes Gematensmetter plätschte die Vergleise. Dann feste die Geschleier ebenfalls plätschte aus.

Und nun kamante in der Reihenfolge ein tausendfüßiges Angeheue: bald, das mit stampfender Wucht gegen die französischen Schanzgräben rannte.

Es gab ein wildes Durcheinander: dort weiß — hier schwarz. Aber der Rebellendarm, der alles in seine Strudel zog, dämpfte die Farben. Flügen, Stößen, Explosionen, Schreuen, Hinfälligen — kurzweilige Minuten des Mordens ohne Maß und Besinnung! ... Doch die Deutschen kamen nicht, worwärts, schon verloren sie an Boden. Was diesen erdtröten Krieger im Kampf mit den schwarzen Bestien — ein Hauch des Grauens ins Gehirn gefahren, oder war der Gegenbrand der hinteren französischen Linie zu stark? Die Angreifer wichen im Jungmaad, der gegen die Ebene ausmündete, hatten sie sich wieder auf.

Dann schloß das Bild wieder auf. Der ganze Wald war in Bewegung. Jedes Weßliche war lebendig. Gestalten brachen vor, schwangen einen Gegenstand und verließen wieder: wie im gespensthaften Schäumen. Jeweils wurde ein grüner Funke in das Gewoge und ließ es noch furchbarer erscheinen. Eine Dämonenflucht im dampfenden Wald!

Gegen Abend, als ein leichter Westwind die Rebellmassen zerteilte und der von den französischen Truppen besetzte Höhenzug sich entleerte, verdrängte die Deutschen noch einen letzten Stoß. Ihn wieder ausstrahlende Artillerie erfüllte die Atmosphäre mit einem Bärm, der alles verflüchtete, Dorte und Bekanntschaft in einem Unterhand Schuß gefaßt. Cassignol hatte eben in einem Unterhand Schuß gefaßt.

Alle, D
Mit
Arbeits
hammer
gefälligt
ca m e n
Der
Die
Ge
Sund
Das
Rach
Die
Gar
An
Klan
Für die
Was
Das Jug
Am 20.
Während
die Seilung
Es können
nicht gel
bald für ei
per Anmerk
unt, Schme
abren, es
berien, we
schließen. Dan
für die U
Fracc.
Belondere
reidete die
über den
gala a n A
die am 1
Zerbrede
der Schwane
Zerbrüche
zu überwie
mit einem
Wäghalt
Körper, Fran
Alle Teil
Anhalt der
die den
mühen den
land mit d
in ferne,
Solte wie
Die
Helen ab
untere Mit
wollen kein
richtige Fra
nehmen der
Wochtag
Schlagende
Duta Simba
Das br
plattende
habe die
bezugge
ngen vergr
Schlange
mühen den
benichtigte
den Wägh
Die Wo
Duta Sim
Belondere
aufmerksam
haltung von
hens und
noch nicht
Die U
von den
während
Größen
Wäghalt
plattende
halten soll
übertrag
Hintergru
we Hände
Die
So ist
Stimmen
wollen m
nehmen s
Bei
Schein
aus Werk
Seine Et
Schein
alle Ritz
wären.

...Kapitalien und Arbeitgebern, vielmehr noch der
...von hunderttausenden Arbeiterfamilien. Aber
...eine sozialistische Regierung käme um die jetzige
...höhe der Steuern nicht herum, müßte sie im Gegenteil
...noch vermehren durch die Mehrausgaben sozialer Ein-
...richtungen, denn es steht i. H. daß die Summe der
...Steuergeber der arbeitenden Klassen weitaus größer ist
...als die der Kapitalisten, selbst wenn diese auf Heller
...und Pfennig den Gewinn und das Vermögen an den
...Staat veräußern würden.

Die U. S. B. hat in Württemberg zum Streit getrie-
...ben. Man muß das wenigstens festhalten aus der Erklärung
...die gefahren das „Vollstoll“ abgibt. Da ist es
...buntes angebracht, das Urteil eines unabhängigen
...Gehörs der Massen besatz zu geben.
...In Berlin sagte Crispian, als der Streit zusammen-
...gebrochen war: Die Erhebung gegen den Steuerzah-
...lung in Württemberg ist von den kleinbürgerlichen Schich-
...ten der Arbeiterklasse, die ohne sozialistische Schulung
...sind, ausgegangen. In Stuttgart wurde den Arbeitern
...sagt: Württemberg ist gefallen, die roten Truppen stehen
...auf in Berlin. Ihr müßt für die Revolution kämpfen.
...Daraufhin verweigerten die Arbeiter die Steuerzahlung,
...weil sie erhofften, in 24 Stunden die politische Macht
...zu übernehmen zu können. Als es dann aber geblieben wurde,
...hat der Aktionsausschuss abgedankt und die Bewegung
...den Gewerkschaften überlassen. Crispian hätte hinzu-
...fügen müssen: und die Gewerkschaften haben die Suppe
...ausgefressen müssen.

Wann werden endlich der Arbeiterklasse die Augen
...geöffnet, die die Verdränger des Proletariats sitzen? Bei
...denen, die von Anfang an die unangenehme Wahrheit
...sagen, oder dort, wo man sie erst verweigert, und nach-
...dem im Unglück, in das man die Arbeiter mit Geheulen
...hineingetrieben hat, den Alleswissers spielt? Der Steuer-
...zahler ist eine harte Prüfung für die Arbeiterklasse. Er
...ist aber auch ein Prüfstein der Reife und der Einsicht des
...Proletariats, für die materielle Erkenntnis, wie für das
...politisch-ethische Pflichtbewußtsein, ohne das es niemals
...zur politischen Macht gelangen wird, die ihm die höchste
...der Gesetzgebung in die Hand geben soll.

Sozialistischer Wiederaufbau.

Viele Federn berufen sich wie unersüßlicher Schrift-
...steller täglich über die Zukunft des deutschen
...Volkes. In den auf alle Fälle Reaktionen, der wirklich
...unabwendbar vorzutragen weiß, gehört. Aus-
...sagen, der in seiner Schrift über „Sozialisierung und
...Wiederaufbau“ (Verlag Neues Vaterland, E. D. Roger
...& Co., Berlin) höchst bewanderte Vorkämpfer auf die-
...sem und allen so im Herzen liegenden Gebiete macht.
...Er war während des Krieges Vetter der im französischen
...Geist Brien, auf dem feinerzeit soziale annerkennung-
...süchtige Augen ruhten, gelegenen und beschlagnahmen-
...süchtigen und Stahlwerke de Wendels. Er hat mit ihrer
...schönen Umwandlung in Staatsbetriebe gute Erfolge
...gehabt, aber leider sehen müssen, wie seine Arbeit
...der zugunsten der Privatwirtschaft der Stahlbarone her-
...untergemischt wurde.

Horst ist von dem vollen Erfolge der Sozialisierung
...hierfür reifer Betriebe überzeugt, wenn sie sich nur nicht
...in den bürokratischen Formen der heutigen Staats-
...betriebe, sondern in den rein kaufmännischen Formen
...der Reuezeit, des modernen Großkapitalismus, bewegt,
...wie als Aktiengesellschaft, deren gesamte Anteile in der
...Hand des Staates sind, befinden, wodurch auch die dor-
...tlich durch die weitere Selbstständigkeit gewährleistet wäre.
...Nicht der verdrängte Beamte, der sich keine Pension
...benutzt, dem alles anders, aber gleichgültig ist, sondern
...der energiegeladene Kaufmann soll hier herrschen; das wird
...auch die Arbeiterklasse, die heute in Staatsbetrieben
...kraftlos liegt ist als anderswo, lebendiger werden.

Als einziger notwendiger Ausgangspunkt gilt
...Horst die Sozialisierung der Produktion der Grund-
...lagen unter-hermaligen Wirtschaft: Kohle, Eisen, Glas,
...Eisen und Stahl andererseits. Hieran erst können sich
...Maschinenbau, Elektrizität, Bauholz, Dünge-
...mittel, Wohnungsbau und anderes anschließen.
...Für derzeitigen Vergesellschaftung sind nach Horsts
...Meinung aber nur Betriebe reif, die ausprobierte Massen-
...produkte herstellen, seien es einfache, wie Schienen und
...andere Eisenwaren, Ziegel, Zement; oder komplizierte,
...wie Telefone, Elektromotoren, gangbare Maschinen
...aller Art. Von allen diesen reifen Betrieben sind jedoch
...genau zu scheiden die, in den n. n. noch experimentiert
...werden muß, die neue Produktionszweige bezeichnen. Sie
...soll man noch lange von allen Verdrängen frei und der
...Privatinitiative des Kapitals überlassen. Profite und
...Schme werden sich hier nach denen der gesellschaftlich-
...n. Betriebe richten.

Kohle und Eisen sind also sofort zu sozialisieren;
...man darf sich nicht durch das Gerede der Unternehm-
...erschaft über die angebliche Komplexität der Betriebe
...irreführen lassen. Hier handelt es sich überall nur um
...Massenproduktion einfacher Artikel, und der kauf-
...männliche Apparat bietet keinerlei Schwierigkeiten.
...Auf dem Gebiete des Bergbaus kommt nach dem
...Verfasser für die Vergesellschaftung höchstens noch Eisen
...und Stahl in Frage. In den anderen Bergwerksgruppen
...ist noch groß-heraus mit der Unternehmer erforderlich,
...der erhalten bleiben muß.

Horst will nichts überfahren, selbst nicht alle reifen
...Betriebe sofort in Angriff nehmen; er will erst gewisse
...Proben- und Musterbetriebe einrichten. Der Anfang
...könnte mit einem kombinierten Kohle-Eisen-bergwerk gemacht
...werden, das auf eine jährliche Erzeugung von 10 bis
...15 Millionen Tonnen Kohlen und etwa 2 Millionen
...Tonnen Eisen und Stahl berechnet ist. Man würde
...für 60 000 bis 70 000 Arbeiter und 4000 bis 5000 Ange-
...stellte zu beschäftigen haben. Die jetzigen Besitzer wären
...zu entschädigen; natürlich nicht nach den jetzigen höchsten
...Preisen für den Bergbau. Der Betrieb dürfte auf keinen
...Fall in der Form der jetzigen Staatsunternehmungen
...aufzuführen, sondern müßte, wie erwähnt, der frühere rein
...kaufmännische bleiben. Hierdurch ließen sich auch die
...in deren Ähnlichkeit, noch kapitalistisch betriebenen Betrie-
...ben in ihrer Privatsphäre kontrollieren und ihre Unter-
...nehmung, Selbstbestimmung, die Arbeiterklasse wäre an Leitung,
...Erwerb, Beschäftigung, Wohlfahrt und Ausbildung-
...einrichtungen zu beteiligen. Es ist vorauszusetzen, daß
...das Werk unter ihrer tätigen Mithilfe bald zu großer
...Produktionsfähigkeit gelangen und eine allgemeine Herab-
...setzung der Preise der Produkte ermöglichen werde.

Besteht dieser erste Schritt aus dem Bege der Sozial-
...isierung, stellt sich die alte Arbeitslosigkeit und
...Arbeitsverteilung wieder ein, so wird das eine Beispiel
...schon nachfolgende finden, wird die Vergesellschaftung sich
...unvermeidlich durchziehen. Von den Arbeitern muß
...man erwarten, daß sie ihr Bestes leisten; einmal, weil
...es sich um ein Unternehmen der Allgemeinheit handelt,
...und dann, weil von diesen Anfängen es mit abhängt, ob
...in Zukunft der Sozialismus oder der Kapitalismus
...herrschen soll. Mühselig der Versuch, ist die Arbeits-
...leistung hier nicht höher als in den privatkapitalistischen
...Betrieben, dann ist freilich die Hoffnung auf Sozial-
...isierung und Beteiligung der Arbeiter an der Leitung
...der Betriebe auf lange Zeit dahin. Denn sozialistische
...Werke müssen trotz niedriger Preise Gewinn abwerfen,
...um Staatsbedürfnisse zu decken und auch die notwendige
...Aufsahrung von Kapitalien zu ermöglichen, mit denen
...allein die Ausdehnung der Sozialisierung, Neugrün-
...dungen von Produktionsstätten möglich ist.

Die Zeit des notwendigen Experimentierens hält
...Horst für nicht zu ausdehnend, daß man die Gehalt
...darüber denken kann. Den Zeitraum in dem die
...Sozialisierung von Kohle und Eisen in dem von ihm
...vorgeschlagenen Umfang vollkommen wirksam durch-
...zuführen wäre, schätzt er auf sechs Monate. Voraus-
...gesetzt ist große Erfahrung und Umsicht der Leitung, so-
...wie das volle Vertrauen und die Lust der Arbeiter.
...Dann aber sollte man Tempo und Umfang des weiteren
...Vorgehens übersehen können.

Die Zeit verlangt Horst von einer energiegeladener
...Arbeit auf unserem Gebiete: Gesteigerte Produktion,
...Ermäßigung der Preise, Zufriedenstellung der Arbeiter.
...In keinem dieser Punkte ist bisher ein Erfolg erzielt
...worden. Es wäre zu wünschen, daß ihm dieser Erfolg
...beschieden sei.

Aber diesen Grundgedanken bringt Horsts Buch
...noch allerlei Einzelheiten, selbst Ermahnungen zu Gelegen-
...heit der Sozialisierung usw. Für äußerst wichtig er-
...scheint die politische Wirkung der vorgeschlagenen und aus-
...geführten Maßnahmen: durch Wegfall der riesigen
...Bürokratien der Schwerindustrie würde die Klasse
...verloren, aus der jetzt große Mittel fließen zur Unter-
...stützung der vorbereiteten kapitalistischen Reaktion; es
...würde die ganze verwerfliche politische Tätigkeit der Be-
...sitzer und Leiter dieser Werke, die auf die Einführung
...des alten Systems hinstrebt, unterbunden werden.

Die neuesten Bestimmungen über die Lohnpfländung.

Von Friedrich Klees.

Durch R. H. Gesetz vom 10. August 1920 sind aber-
...mals die Lohn- und Gehaltsstufen erweitert worden,
...innerhalb deren keine Pfländung des Arbeitsverdienstes
...vorgesehen werden darf. Das Gesetz ist sehr kurz und
...verweist auf andere Vorschriften, so daß es dringender
...Erklärung bedarf. Bekanntlich galt vor dem Kriege
...der Grundsatz der Vollpfländung, daß regelmäßig
...jeder Arbeitslohn über 100 M. im Jahre pfländbar sei.
...Die Kriegszeit hat es unmöglich gemacht, bei dieser ein-
...fachen Regel zu bleiben. Für Veränderungen und das
...vorliegende Gesetz haben dieses Handwoven verändert.
...Zunächst wurde die Pfländergrenze auf 200 M. erhöht,
...dann die Staffeln der Pfländbarkeit eingestrichelt, weiter
...Rückgehalt der Privatangestellten und Kriegsbeteiligten
...und Erwerbszulagen als unpfländbar erklärt, und
...schließlich wurde die auch jetzt noch grundlegende Verord-
...nung vom 25. Juni 1919 in verschiedener Richtung die
...Staffelung und der Kreis der geschützten Forderungen
...erweitert. Die doppelte Staffelung des pfländ-
...baren Einkommens nach den Geschäftspunkten, ob der
...Schuldner Unterhalt an Angehörige usw. zu gewöhnen
...hat oder nicht und wieviel Personen er diesen Unterhalt
...gewährt, macht im Einzelfall die Rechtslage und die
...Ausdehnung des pfländbaren Lohnes schwieriger. Num-
...mer gilt folgendes:

Das Gehalt oder der Arbeits- oder Dienstlohn ist
...bis zur Summe von fünfzehn Mark der Pfländung
...nicht unterworfen, falls der Schuldner seinem Ehegat-
...en, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem un-
...mündlichen Kinde Unterhalt zu gewöhnen hat. In anderen
...Fällen, also wenn eine solche Unterhaltspflicht nicht
...besteht, ist der pfländbare Grundbetrag auf vier-
...zehntausend Mark festgelegt. Nun sind die Staffeln von
...berücksichtigt: Bei beiden Gruppen von Schuldnern ist
...der diese Summe übersteigende Mehrbetrag ebenfalls zu
...einem Fünftel nicht pfländbar. Außerdem erhöht sich bei
...jedem Schuldner, die Angehörige besitzen, der unpfländ-
...bare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der Unter-
...halt gewährt werden muß, um ein weiteres Fünftel des
...Mehrbetrages. Soweit der unpfländbare Teil des Lohnes
...bei Schuldnern mit unterhaltspflichtigen Angehörigen
...die Summe von neuntausend Mark und bei Ledigen usw.
...von sechstausend Mark überschritten würde, unterliegt
...die Pfländung keine Beschränkung.

Einige Beispiele sollen das erläutern. Bei einem
...Schuldner mit Unterhaltspflichten gegenüber Angehörigen
...ist ein Wochenlohn bis zu 90,16 M. gänzlich unpfländ-
...bar. Hat er nur 200 M. Wochenlohn, so ist von dem
...Differenzbetrag von 109,84 M. ein Fünftel, 20,76 M.,
...ebenfalls nicht pfländbar. Außerdem ist für eine Person,
...der er Unterhalt gewöhnen muß, ein weiteres Fünftel
...pfländbar, also 10,38 M. Es sind demzufolge pfländbar
...127,80 M. und können gepfändet werden 72,70 M. Hat
...der Mann einen Wochenlohn von 240 M. und zwei An-
...gehörige zu erhalten, so können ihm 86,30 M. gepfändet
...werden. Bei einem Unterhaltspflichtigen mit Wo-
...chenlohn sind zunächst 416,08 M. gänzlich pfländbar.
...Hat er a. B. 840 M. Monatsgehalt und drei Personen
...zu erhalten, so können ihm 211,06 M. gepfändet werden.
...Hat derselbe vier oder mehr Unterhaltspflichtige, so
...können ihm nur 109,84 M. gepfändet werden.

Einfacher liegen die Berechnungen mit Schuldnern,
...ohne Unterhaltspflichten. Hat ein solcher Wochenlohn, so
...sind zunächst 76,92 M. gänzlich unpfländbar. Hat der
...Schuldner 180 M. Wochenlohn, so ist von der Differenz
...von 103,08 M. ein Fünftel, 20,62 M., ebenfalls unpfländ-
...bar. Wogegen man dieses zum grundlegenden freien Teil
...hinzu, so ergeben sich noch 99,50 M. so daß nur 80,50
...Mark gepfändet werden können. Hätte der Mann einen
...Wochenlohn von 244 M., so können 139,06 M. gepfändet
...werden, bei 200 M. Wochenlohn 158,94 M. Damit
...ist auch die Grenze der Pfländungsbeschränkung erreicht,
...denn der Mann überschreitet bei höherem Einkommen
...die Höchstgrenze von 6000 M. jährlich. Von jedem
...höheren Einkommen ist also der ganze Betrag pfländbar.

abzüglich des feststehenden Betrages von 115,40 M. Hat
...ein solcher Mann ohne unterhaltspflichtige Angehörige
...Monatsgehalt, so muß ihm dieses bis zur Höhe von
...339,81 M. unbedingt freigelassen werden. Hat er a. B.
...ein Monatsgehalt von 800 M., so können ihm 373,32
...Mark abgenommen werden.

Wenn man sich die Verhältnisse, die für die Arbeits-
...leistung des unpfländbaren Lohnes des Schuldners nach-
...sind, so erreicht aber beschränkt sich die Pfländung nach
...Maßgabe der eintretenden Veränderung von dem auf den
...Eintritt nachfolgendem Zeitpunkt ab, an dem der
...Lohn fällig wird. Die ganzen Vorschriften haben auch
...Anwendung auf die Pfländung des Ruhegeldes der Per-
...sonen, die in einem privaten Arbeits- oder Dienstverhältnis
...beschäftigt gewesen sind. Die Pfländbarkeit von Ar-
...beitslohn usw. ist also ausgeschlossen bei Schuldnern,
...die Kriegsteilnehmer sind oder waren wegen solcher Unter-
...haltsbeiträge, die der Schuldner für die Zeit ihrer
...Kriegsteilnehmerzeit zu entrichten hat. Der Begriff
...der Kriegsteilnehmerzeit ist hier etwas weit zu fassen;
...es gehören dazu auch Angehörige immobiler Truppen.
...Dagegen hat der bezagelte Gehalt des Schuldners
...keine Pfländbarkeit, wenn es sich handelt um die Vertei-
...lung persönlicher Staatssteuern und Kommunalabgaben,
...sodern sie nicht seit länger als drei Monaten fällig ge-
...worden sind, und auf Forderungen von Verwandten
...und teilweise auch unehelichen Kindern auf Unterhalts-
...beiträge.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1920 in Kraft.
...Bei laufenden Lohnpfländungen hat also von diesem
...Tage an eine neue Berechnung der unpfländbaren Be-
...träge einzutreten.

Wunsch zur Wiederherstellung der niedergebrannten Ostmark.

Den „P. B. N.“ wird geschrieben:
...Die Erinnerung sein dürfte, wurde in den letzten
...Tagen des Vorkriegs die Schreckensnachricht bekannt,
...daß die Polen am 20. August das im Kreise Plesch,
...hart an der Grenze gelegene, feuerzerstört und aus-
...gewöhnen begründete Ostmarken Anhalt, dessen Be-
...wohner sich niemals an den Nationalitätenkämpfen be-
...teiligt hatten, überfallen, geplündert und zum Teil
...niedergebrannt haben. Infolge dieser Greuelthaten sind
...10 Familien obdachlos geworden und haben ihr gelamtes
...Wohlstand, Haus- und Wirtschaftsgüter, sowie den größten
...Teil der Ernte eingebüßt, und befinden sich in voll-
...kommenem Elend. Es ergreift deshalb an alle Ober-
...besseren im Reich und alle Menschenfreunde folgender
...Aufsatz, der vom Kreisrat der karitativen Frauen-
...vereine und dem Zentralunterstützungsausschuss des
...Kreises Plesch unterzeichnet worden ist:
...„Landleute! Wir wissen, daß für die Sungrigen
...nicht auf Nahrung, die Frierenden auf Kleidung und
...Wärme, und die Obdachlosen auf ein Dach über ihrem
...Kopfe warten lassen werden. Deutsche Männer und
...Frauen, an Euch alle von fern und Nah ergreift unser
...Aufruf, laßt die Vermitteln, die um ihres Deutschtums
...willen Unschlüssliches leisten, nicht im Elend unkommen.
...Selbst sind die Wunden lindern, die blinder Fanatismus
...ihnen schlug. Gebt Nahrungsmittel, Kleider, Wäsche;
...gibt in erster Reihe bares Geld zur Anschaffung des
...Notwendigen. Gebt schnell und reichlich! Auch die
...kleinste Gabe ist willkommen. Geldpenden werden an
...die Kreis-Sparkasse Plesch oder an die Deutsche Bank,
...Plesch, statton, auf das Konto „Anhalt-Spende“ erbeten.
...Heber alle Spenden wird öffentlich quittiert werden.“

Widerruf der Pressefreiheit.

Die Regierung ermahnt die Landwirte, mehr Ge-
...treide abzuliefern. Diese Ermahnung unterschlägt der
...Agitator Baumann-Tobiet keinen Feiern. Statt dessen
...schreibt er:
...„Wir wissen genau, daß die Landbevölkerung ihren
...Verpflichtungen besser nachkommen wird, wie es die
...Industriebevölkerung bisher zu tun gewohnt war. Wir
...wissen, daß unser ganz-rote Ränder-Republik längt
...aus dem letzten Loch gepiffen hätte, wenn die Landbe-
...völkerung die Zeit mit dem Achtundtag gemessen, die
...Arbeit mit Tarifen und Streiks vertribelt und die
...Ernte unter sozialistischem Sumpf hätte verkommen
...lassen. Das ganze Volk hungert nach Brot, das ihm
...Schweidemann großmütig verprochen. Aber es ist doch
...daran erinnert, daß in Sommer noch volle Korn-
...schuppen stehen, von der letzten Ernte, und daß
...dies Korn noch nicht ausgedroschen werden konnte, weil
...es an Drückholz fehlte. Das kommt vom Streifen,
...Tarifen, Politikern und Nichtstun der Industrie-
...bevölkerung!“

Die ganze Welt weiß, daß die Bergarbeiter Ueber-
...zeugung machen, um der allgemeinen Not zu fronen.
...Baumann macht Ueberzeugung, um seine Korbhüte zu
...füllen, mit denen er sich Industriearbeitern, der Regie-
...rung, Sozialisten und Juden täglich empfeilt. Aber
...was nicht das alles den Baumann an der Pressefreiheit
...für Pressefreiheit hält.

Gewerkschaftliches.

Reichskonferenz der Angestellten der Verwaltungen ...beschränkt im Zentralverband der Angestellten.

Am 5. und 6. September d. J. tagte in Weimar eine vom
...Zentralverband der Angestellten einberufene Reichs-
...konferenz der Angestellten sämtlicher Verwaltungen im
...deutschen Reich, die von 150 Delegierten besetzt war. Aus
...berichterstattet Bericht ergab sich, in welchem Maße die
...Interessen der Angestellten nachkommen werden sind.
...Aus der Berichterstattung über den Teilnehmervertrag ana her-
...vorgeht, daß der Reichstag des Tarifvertrages seiner Zeit, wenn er
...auch noch erhebliche Mängel aufweise, erfolgen müßte. Die
...verschiedenen Tarife nach Tarifverträgen führten dazu,
...daß ein erheblicher Teil von Angestellten bei den
...Verwaltungsstellen Schalter für Herbst
...zu 300 M. monatlich betrug. Die dadurch hervorgerufene Not
...sahne die Angestellten nach dem Reichsfinanzminister
...feinere Beträge. Die Konferenz gab in einer Entschließung
...ihrem Willen über diese unzulässigen Zustände Ausdruck,
...in der es heißt:

„Die Reichskonferenz erhebt gegen diese, die Lebensnotwendig-
...keiten nicht berücksichtigenden Zustände, welche durch das
...Reichsfinanzministerium an dem formelrechtlichen
...Anspruch auf Pfländung der Gehälter nicht wird, kriti-
...schen Protest. Sie auf der Konferenz zum Ausdruck
...kommende Zustimmung nennt von der Entschlossenheit der
...Angestellten, diese unzulässigen Zustände und unter
...Anwendung aller gemeinschaftlichen Mittel, nötigenfalls
...auch der Schlichtungsweg zu belegen.“

